

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921**

173 (25.6.1921) Erstes und Zweites Blatt

Bestandpreis:  
In Karlsruhe frei ins Haus  
postfrei monatlich 5,50 M.,  
in den Ausgabestellen ab-  
geholt monatlich 5,10 M.,  
auswärts durch unsere  
Agenturen bezogen 5,50 M.,  
monatlich, durch den Brief-  
träger frei ins Haus gebracht;  
monatlich 5,50 M., viertel-  
jährlich 16,95 M.

Berlin, Schriftleitung  
und Geschäftsstelle  
Friedrichstraße 1.

# Karlsruher Tagblatt

Wagen:  
Die 4 gelb. Handzettler  
oder deren Raum 100  
140 M., Versand 1,00 M.,  
Kleinere Anzeigen  
erster Stelle 5,50 M.,  
zweiter 4,50 M.,  
dritter 3,50 M.,  
Anzeigen-Annahme  
bis 12 Uhr mittags,  
kleinere Anzeigen (Anzeigen)  
bis 4 Uhr nachmittags.  
Vernsprechungsdienste:  
Geschäftsstelle Nr. 203.  
Berlin Nr. 297.  
Schriftleitung Nr. 203.  
Schriftleitung Nr. 277.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift  
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verantwortlich für Politik: Hermann v. Sier; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinz Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl Fohs; für Inserate: Heinrich Schreyer. Druck und Verlag: C. F. Wälter'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Richard Jäger, Berlin-Lankwitz, Rosenthalerstr. 87. Telefon Zentrum 249. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beifügt ist.

118. Jahrg. Nr. 173.

Samstag, den 25. Juni 1921

Erstes Blatt.

## Befegung der Ruhr.

Von Freiherr von Versner,  
Mitglied des Reichstags und des  
Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten.  
Aus Paris erhalt ich immer wieder trotz der  
betäubenden Ultimatumannahme, trotz Frieden-  
standsvertrags von Versailles und trotz Friedens-  
zustandes der gebietliche Ruf nach der Befegung  
des Ruhrgebiets.  
In aller Schärfe muß wieder einmal der un-  
geheuerliche Rechtsbruch, die einzigartig dastehende  
Vergewaltigung allen Rechtes, beleuchtet werden,  
die ein solcher Vormarsch von Entente-  
truppen nach Deutschland mitten im Frieden be-  
deuten würde.  
Hierzu muß ich auf die Verhandlungen zurück-  
gehen, die ich vor 18 Monaten als Vorsitzender  
der Deutschen Friedensdelegation in Versailles  
mit den Staatsmännern der Entente schriftlich  
und mündlich geführt habe:  
Anfang November 1919 überfandte mir Herr  
Clemenceau eine Note, in der unsere Unter-  
schrift unter das sogenannte Schlupprotokoll ver-  
langt wurde. Dies Protokoll stellte die Nicht-  
erfüllung verschiedener Waffenstillstandsbedin-  
gungen durch uns fest — u. a. die Verletzung  
der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow durch  
Admiral von Reuter — und legte uns neue,  
schwere Verpflichtungen und Strafen auf. Die  
Hauptbestimmung lautete:  
„Sofort Deutschland diesen Verpflichtungen...  
nicht nachkommen sollte, behalten sich die Allier-  
ten vor, alle militärischen und anderen  
Zwangsmassregeln anzuwenden, die sie für an-  
gezeigt erachten.“  
Ich habe hiergegen sofort Einspruch erhoben  
und den Pariser Ententevertretern auf das deut-  
lichste erklärt, daß wir es auf das äußerste an-  
kommen lassen würden, ohne wir den Alliierten  
das Recht zum Einmarsch in deutsches Gebiet  
einräumen würden. Das hieß, die Krieg-  
führung zu beenden. Nach Wochen mühsamer,  
hieses vor dem Abbruch stehender Verhandlungen  
sahen endlich die gegnerischen Unterhändler  
die Berechtigung unseres Standpunktes ein.  
Am 8. Dezember 1919 ließ mir Herr Clemen-  
ceau eine Note zugehen, wonach die Entente an-  
erkannte, daß sich vom Eintritt des Friedens-  
zustandes an die Folgen einer Nichterfüllung  
vertraglicher Verpflichtungen durch Deutschland  
nur nach den allgemeinen Bestimmungen des  
Friedensvertrages sowie nach den völkerrecht-  
lichen Verfahrensarten bestimmen sollten.  
Um sicher zu gehen, haben wir diese Auffassung  
in meiner Note vom 15. Dezember 1919 mit fol-  
genden bestätigt:  
„Die Deutsche Regierung nimmt davon Kennt-  
nis, daß nach der Absicht des Obersten Rates  
das in dem Schlupprotokoll vorbehaltene Recht  
zu militärischen und sonstigen Zwangsmas-  
regeln nur Geltung haben soll, bis durch die  
Infraktionierung des Vertrags der Friedenszu-  
stand hergestellt ist und daß nach diesem Zeit-  
punkt die Erfüllung der im Protokoll vorge-  
sehenen Verpflichtungen nur durch die allgemeinen  
Bestimmungen des Friedensvertrages sowie  
durch die allgemeinen völkerrechtlichen Verfab-  
rungsarten gewährleistet sein wird.“  
Herr Clemenceau antwortete mir hierauf  
feinerseits mit folgender Note vom 23. Dezem-  
ber:  
„Was die Sicherheitsmittel betrifft, von deren  
Anwendung die Alliierten hoffen absehen zu können,  
so möchten sie feststellen, daß die Deutsche  
Regierung hinreichend davon unterrichtet ist,  
wenn nach der endgültigen Wiederherstellung  
des Friedenszustandes die Anwendung von Sicherheits-  
mitteln, wie sie der Krieg mit sich  
bringt, ihr Ende gefunden hat, an-  
dererseits die im Vertrag vorgesehenen beson-  
deren Maßnahmen sowie die vom Völkerrecht  
anerkannten verschiedenen Verfahrensarten ge-  
nannt Anwendung finden werden.“  
An keiner Stelle sieht der Friedensvertrag  
ein Recht vor, aus irgendeinem Grunde in deut-  
sches Gebiet vorzumarschieren. Dies geht ja  
schon klar aus der Tatsache hervor, daß unsere  
Gegner uns durch die Unterzeichnung des  
Schlupprotokolls zwingen wollten, ihnen das  
Recht zum Einmarsch nach Deutschland zu ge-  
währen. Auch das Völkerrecht kennt natürlich  
ein Recht zum Einmarsch in das Gebiet eines  
fremden Staates mitten im Frieden nicht.  
Ich habe den gegnerischen Unterhändlern  
gegenüber dies stets in der allerdeutlichsten  
Weise betont. Wir waren völlig einig, daß mit  
dem Inkrafttreten des Friedensvertrages —  
d. h. mit dem 10. Januar 1920, ein Vormarsch  
in deutsches Gebiet nur nach vorher-  
gehender Kriegserklärung erfolgen  
konnte.  
Die Entente weiß das auch ganz genau. Sie  
hat daher systematisch auf den Konferenzen in  
Spa, Paris und London versucht, sich durch die  
Drohung mit einer Befegung der Ruhr „ge-  
wohnhheitsrechtlich“ die Möglichkeit eines

weiteren „friedlichen“ Vormarschs nach  
Deutschland offen zu halten.  
Immer wieder müssen wir vor aller Welt be-  
tonen, daß ein Vormarsch in deutsches Gebiet  
den glatten Bruch meiner Pariser Verhandlungen

## Entspannung in Oberschlesien.

V. Von unserer Berliner Redaktion wird uns ge-  
druckt:  
Nach den letzten aus Oberschlesien vorliegen-  
den Nachrichten ist man in Berliner politischen  
Kreisen überzeugt, daß der Annahme des öster-  
reichen Säuberungsplanes keine Schwierigkeiten  
mehr im Wege liegen, um so mehr als es ja  
bekannt ist, daß erstens Chamberlain die In-  
stimmung der englischen Regierung erklärt hat  
und daß auch Briand sein Einverständnis zu  
diesem Plan gegeben hat. Danach müßte also  
Oberschlesien vom Tage der Gültigkeit der Ver-  
einbarung ab in sieben Tagen von den Insur-  
gententruppen geräumt sein. Die aus Doppel-  
rückgekehrte parlamentarische Kommission,  
deren Führer, Ministerialdirektor Freiherr von  
Walskahn, schon am Donnerstagabend im  
Reichskabinett über seine Eindrücke berichtete,  
vertritt im allgemeinen die Anschauung, daß die  
Interalliierte Kommission von der Notwendig-  
keit der Durchführung des österreichen Planes  
überzeugt sei, und daß sie noch in dieser Woche  
einen Entschluß fassen werde, ihn zur Durchfüh-  
rung zu bringen. Unter dem Eindruck dieser  
Mitteilungen sind die Parteiführer, die der er-  
wähnten Sitzung des Reichskabinetts ebenfalls  
beizuhören, zu Verhandlungen unter sich sowie  
mit ihren Fraktionen zusammengetreten, um  
die Konsequenzen aus der Lage zu ziehen. Das  
wichtigste Ergebnis bei diesen Beratungen ist die  
Tatsache, daß die Deutschnationalen ihre Zu-  
stimmung dazu gegeben haben, daß ihre ober-  
schlesische Interpellation auf unbestimmte Zeit  
verlagert wird. Wesentlich hat zu diesem Ent-  
schluß eine Kundgebung des ober-schlesischen  
Zwölfer-Ausschusses beigetragen, der die Verant-  
wortung und Diskussion dieser Interpellation  
für ungewinnlich, ja für gefährlich erklärte.  
Man kann heute noch nicht sagen, welche Ele-  
mente der Stimmungsumschwung, der offenbar  
vom Ministerium Briand und Loucheur durch  
auch auf die französischen Mitglieder der Inter-  
alliierten Kommission sich ausgebreitet hat, her-  
beigeführt haben. Aus den Gedanken, die der  
bekannte Politiker Marcel Hutin im „Echo de  
Paris“ erörtert, könnte man folgern, daß in  
Frankreich tatsächlich die Überzeugung durch-  
dringt, daß Deutschland ohne Oberschlesien nicht  
existenzfähig ist und daher auch für Frankreich  
vielmehr ein Schaden, als ein Nutzen sein würde.  
Aber es scheint auch, daß die mannigfachen Hin-  
weise der deutschen Presse auf die Tatsache, daß  
die Vorkriegszeit des ober-schlesischen Industrie-  
gebietes von Deutschland das Ende der Regie-  
rung Wirth bedeuten würde, nicht ohne Eindruck  
geblieben sind. Das Kabinett Wirth, das die Er-  
füllung des Londoner Ultimatums als Haupt-  
punkt auf sein Programm setzen hat, ist durch  
die bündige Erklärung festgelegt, daß diese  
Erfüllung ohne die ober-schlesische Industrie nicht  
möglich ist. Man sieht aber in Paris allem An-  
schein nach ein, daß unter der Kanzlerschaft von  
Dr. Wirth diejenigen Verhandlungen, die Frank-  
reich am meisten am Herzen liegen, sich immer  
greifbareren Ergebnissen nähern. Also hält man  
das Nachgeben in der Oberschlesien-Frage  
heute für das kleinere Übel.  
Man muß natürlich nur noch abwarten, ob er-  
stens Frankreich bei der Stange bleiben wird  
und ob zweitens der Einfluß der alliierten Trup-  
pen in Oberschlesien und der Einfluß Korsanys  
auf seine Verbände stark genug ist, um den sieben-  
tägigen Räumungsvertrag, wenn er abgeschlossen  
wird, auch in der Tat umzusetzen.

## Eine Note der deutschen Regierung.

(Eigener Drahtbericht.)  
w. Berlin, 24. Juni. Die deutsche Regierung  
hat der Vischaker Konferenz nach-  
stehende Note übermittelt, die auch den Regie-  
rungen in London, Paris und Rom übergeben  
worden ist: Die deutsche Regierung beehrt sich  
anbei eine Zusammenstellung von Nachrichten  
zu übergeben, durch die erwiesen wird, daß die  
polnische Armee den Aufstand in Oberschlesien  
mit allen Mitteln unterstützt. Beim Umsfan-  
gen diese Unterstützung angenommen hat, ist  
nicht daran zu zweifeln, daß die Vorgänge auch  
in den nicht militärischen amtlichen Kreisen  
Polens bekannt sind. Aussagen von polnischen  
Gefangenen und Ueberläufern, sowie amtliche,  
den Gefangenen abgenommenen Papiere haben  
das gleichzeitig nachgeprüfte Material der An-  
gaben geliefert. Daraus ergibt sich, daß das  
zielbewusste Streben der polnischen militärischen  
Dienststellen in jeder Weise die polnische Auf-  
standsbewegung fördert. Gleichzeitig aber auch  
diese dem Völkerrecht widersprechenden und den  
Erklärungen der polnischen Regierung entgegen-  
gesetzte Tätigkeit nach Möglichkeit zu ver-  
schleiern.

gen, den Bruch des Friedensvertrags von Ver-  
sailles, den Bruch des Völkerrechtes bedeutet.  
Unsere Gegner dürfen sich nicht wundern,  
wenn Deutschland eines Tages aus ihren eigen-  
en Rechtsbrüchen die Folgerungen zieht.

Bisher konnte die Teilnahme von Angehörigen  
nachstehender polnischer Truppenteile ein-  
wandfrei festgestellt werden (hier werden die ein-  
zelnen Truppenteile aufgezählt). Gefangene  
sagen aus, daß folgende geschlossene polnische  
Truppenteile nach Oberschlesien gelangt wurden  
(folgt die Aufzählung der geschlossenen Forma-  
tionen). Ferner ist festgestellt, daß in den pol-  
nischen Truppenteilen Vorgesetzte ihre Unterge-  
benen zur Weidung nach Oberschlesien aufgefor-  
dert und sich nicht scheuten, den Befehl zum  
Abmarsch geschlossener Einheiten nach Oberschle-  
sien zu geben, wenn die Zahl der Freiwilligen  
den Erwartungen nicht entsprach. Leute, die sich  
freiwillig nach Oberschlesien meldeten, entfernten  
sich mit Wissen ihrer Vorgesetzten von der Truppe  
oder erhielten unbefristeten Urlaub. Beim Ge-  
neralkommando in Posen empfingen die Leute  
Zivilkleider, Geld, falsche Papiere, und Marsch-  
befehl. Die Angehörigen der polnischen Armee  
müssen, soweit sie nicht von der militärischen Ver-  
waltung in Zivil eingekleidet sind, die polnischen  
militärischen Abzeichen von der Bekleidung ent-  
fernen.  
Das Ueberdrehen der Grenze nach Oberschle-  
sien vollzieht sich für einzelne Leute, geschlossene  
und angeammelte Truppen und für den Nach-  
schub noch immer ohne Schwierigkeit, obwohl  
nach der Erklärung der polnischen Regierung  
gegenüber den alliierten Regierungen, die  
Grenze völlig gesperrt sein soll. Besonders muß  
hierbei auf die Tatsache hingewiesen werden,  
daß nach Aussagen von Angehörigen der 23. pol-  
nischen Telegraphenabteilung eine für militä-  
rische Zwecke neuangelegte unterirdische Fern-  
sprechverbindung von Czestochowa nach dem  
ober-schlesischen Gebiet besteht.

Auf Grund dieser einwandfreien erwiesenen  
Tatsachen erhebt die deutsche Regierung erneut  
nachdrücklich Einspruch gegen die Unterstützung  
des polnischen Aufstandes in Oberschlesien von  
Dienststellen und Angehörigen der polnischen Ar-  
mee. Sie erucht dringend die alliierten Regie-  
rungen, namentlich durch geeignete Maßnahmen  
die endgültige Sperrung der ober-schlesisch-polni-  
schen Grenze sicher zu stellen und damit den vor-  
stehend geschilderten Uebergriffen polnischer Sol-  
daten und Truppenteile, sowie dem Nachschub  
über die Grenze ein Ende zu bereiten. Gleich-  
zeitig darf sie erwarten, daß seitens der allii-  
erten Regierungen der polnischen Regierung nach-  
drücklich jede fernere und auch nur verschlei-  
erte Unterstützung des polnischen Aufstandes in  
Oberschlesien untersagt wird.

## Das amtliche Abstimmungsresultat.

(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 24. Juni. Das amtliche Organ der  
Interalliierten Kommission in Doppel-  
peln veröffentlicht jetzt die amtlichen Abstim-  
mungszahlen. Danach haben 60 Prozent der  
Stimmen für Deutschland gelautet. Von  
sämtlichen Gemeinden haben 25 Prozent eine  
deutsche Mehrheit erhalten. In den drei  
Wahlkreisen Kreuzburg, Leobischütz und  
Oberglöckau ist nach amtlicher Feststellung  
überhaupt keine Gemeinde mit polnischer Mehr-  
heit. Im ganzen Abstimmungsgebiet ist eine  
einzige Stadt mit polnischer Mehrheit  
festzustellen, nämlich Alt-Berun im Kreis  
Plesch, wo 112 polnische und 255 deutsche Stim-  
men abgegeben worden sind.

## Die Tätigkeit des Roten Kreuzes.

(Eigener Drahtbericht.)  
w. Duppeln, 24. Juni. Am 22. Juni fand in  
Schöfflich (Kreis Rosenberg) die Freilassung  
weiterer Persönlichkeiten, die durch die ge-  
genwärtigen Zustände in Oberschlesien ihrer  
Freiheit beraubt waren, durch Vermittlung des  
Internationalen Komitees vom Roten Kreuz  
statt. 450 bisher von den Insurgenten inter-  
nierte Deutsche wurden ihren Angehörigen zu-  
rückgegeben. Das deutsche Rote Kreuz hat die  
Fürsorge übernommen.

## Angriffe auf deutsche Postbeamten.

(Eigener Drahtbericht.)  
w. Beuthen, 24. Juni. Nachdem seit drei Ta-  
gen der Postverkehr mit dem Ententezug  
beseitigt wieder aufgenommen ist, waren be-  
reits am ersten Tage dieser probeweisen Post-  
wiederaufnahme die deutschen Postbeamten  
schweren tätlichen Beleidigungen durch die  
Polen ausgesetzt. Die Insurgenten, die auf dem  
Beuthener Bahnhof das Regiment führten, ver-  
suchten, den deutschen Postbeamten die deutsche  
Postkarte von der Mähe zu reißen. Die Beamten  
leisteten Widerstand. Der Vermittlung der Post-  
direktion gelang es, den Vorfall beizulegen.

## Deutscher Reichstag.

(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 24. Juni.

Die Sitzung beginnt kurz nach 1 Uhr. Auf  
der Tagesordnung stehen zunächst  
keine Anfragen.

Abg. v. Schöb (D. Vpt.) fragt, was die Regie-  
rung unternehmen wolle gegen die empörenden  
Mißhandlungen und Beschimpfungen, die  
deutsche Staatsbürger von französischen  
Offizieren und Mannschaften in Oberschle-  
sien erfahren haben.

Ein Regierungsvertreter erklärt, die  
Regierung habe wiederholt bei der interalliierten  
Kommission gegen diese unerhörten Vor-  
gänge protestiert, ohne daß bisher Hilfe ge-  
sehen sei. Gegen einige besonders schwere  
Fälle, deren Darstellung der Regierungsver-  
treter auf den Tisch des Hauses niederlegt, sei  
neuerdings Protest erhoben worden.  
Auf die Frage des  
Abg. Dr. Semmler (DntL), ob den ober-  
schlesischen Einwohnern der durch die pol-  
nischen Insurgenten angerichtete Schaden er-  
reicht werde, erklärt ein Regierungsver-  
treter, mit Rücksicht auf die schwelenden Ver-  
handlungen müßte sich die Regierung die An-  
wort noch vorbehalten.

Abg. Benemann (D. Vpt.) fragt, was die  
Regierung zum Schutze der Deutschen in Polen  
getan habe, um ähnliche Deutschenpogrome  
zu verhindern, wie sie in Ostrowo vorgekom-  
men sind.

Ein Regierungsvertreter bestätigt,  
daß bei den Pogromen in Ostrowo hauptsächlich  
Deutsche und Juden geschädigt worden sind. Die  
polnischen Zivil- und Militärbehörden haben  
nichts getan, um die ihnen bekannten Vorberei-  
tungen zu den Pogromen zu verhindern. Die  
polnische Regierung habe allerdings die Verhüt-  
ung ähnlicher Vorfälle zugesagt; aber trotzdem  
seien schon wieder neue Pogrome im Gange.  
(Hört! Hört!) Von der polnischen Regierung  
müsse nachdrücklich der Schutz ihrer Staatsbür-  
ger deutscher Abstammung gefordert werden.  
(Beifall.)

Abg. Dr. Marek (D. Vpt.) protestiert in  
einer Anfrage dagegen, daß das Auswärtige  
Amt auf Veranlassung der französischen Regie-  
rung die Filme „Die schwarze Schmach“  
und „Abenteuer eines Fremdenlegation-  
narrs“ verboten hat, während im französi-  
schen Film ungehindert die allergrößte Deut-  
schenhetze getrieben wird.

Ein Regierungsvertreter antwortet,  
die Entscheidung der Reichsprüfungsstelle über  
die deutschen Filme stehe noch aus. Die Regie-  
rung versuche mit allen Mitteln, gegen die  
Deutschenhetze im Auslande vorzugehen.

Darauf wird der Staatsvertrag über die  
Ueberleitung der Wasserstraßen  
von den Ländern auf das Reich debattlos  
an den Finanzausschuß überwiesen.

Der Gesetzentwurf über die Ueberleitung von  
Rechtsangelegenheiten der Konju-  
nktionsgerichte wird in zweiter  
und dritter Lesung debattlos angenommen.

## Der Gesetzentwurf, wodurch die Gültigkeit des Kohlenenergiegesetzes

bis zum 31. März 1922 verlängert wird, findet  
in zweiter Lesung Annahme.

Abg. Ruffel (U.S.) begründet einen Antrag  
seiner Partei auf Sozialisierung der  
Kohlenwirtschaft.

Abg. Löffler (Soz.) stimmt diesem Antrage zu.  
Im Sammelgespräch werden dafür 99, da-  
gegen 122 Stimmen abgegeben. Das Haus ist  
somit beschlußfähig.

Der Präsident eröffnet um 1/3 Uhr eine  
neue Sitzung.

Abg. Dr. Herz (U.S.) erinnert bei der dritten  
Lesung der Kohlensteuervorlage daran,  
daß vor einem Jahre der Reichstag einstimmig  
eine Entschließung angenommen hat, die die  
Sozialisierung der Kohle verlangt. Mit Rück-  
sicht auf diesen rechtsgültigen Beschluß zieht der  
Redner den neuen Sozialisationsantrag zu-  
rück. Die Kohlensteuervorlage wird sodann in  
dritter Lesung angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzent-  
wurfes über den  
Staatsgerichtshof.

Bei der Beschlußfassung über dieses Ge-  
setz, das eine Verfassungsänderung bedingt, ist die  
Anwesenheit von zwei Drittel der Reichs-  
tagsabgeordneten notwendig.

Abg. Dr. Herzfeld (Komm.) begründet noch-  
mals die ablehnende Haltung seiner Freunde zu  
der Vorlage. Der Staatsgerichtshof würde die  
Macht des Parlamentes ausschalten, wenn er  
nach der Vorlage zusammengefaßt werde.

Die Vorlage wird ohne weitere Aussprache  
angenommen. Die Beschlußfassung  
wird auf Vorschlag des Präsidenten ausgesetzt,  
da die erforderliche Anzahl von Abge-  
ordneten nicht anwesend ist.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzent-  
wurfes zur beschleunigten Erhebung des

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 10 Seiten.

Reichsnotopfers und der Vermögenszuwachssteuer.

Abg. Dr. Helfferich (DntL.) erklärt, seine Fraktion verzichte auf die Wiedereinbringung der im Ausschuss abgelehnten Anträge, weil die Regierung die Wünsche der Auslandsdeutschen durch eine besondere Vorlage erfüllen wolle.

Abg. Kuyfel (U.S.). Der Ausschuss hat die Vorlage nicht verbessert, sondern vergrößert. Abg. Geuer (Komm.) macht die Rechte dafür verantwortlich, daß aus dem Reichsnotopfer durch die Verteilung über 30 Jahre eine neue Steuer geworden sei.

Abg. Dr. Helfferich (DntL.) bezeichnet die Behauptung, daß die Befragten noch keine Opfer gebracht hätten, als eine Unwahrheit. Sie hätten allein 1920 15 Milliarden aufgebracht.

Reichskanzler Dr. Brüning: Die wichtige Behauptung, daß die Lohnsteuer eine Verschärfung der Einkommensteuer sei, entbehrt jeder Begründung. Die Frage der Erfassung des Besitzes wird eine der größten politischen Fragen sein, die den Reichstag binnen kurzem beschäftigen werden. Der Stichtag vom 31. Dezember 1919 war zweifellos ein Unglück. Die Vertreter des Mittelstandes sind die Opfer der politischen Katastrophe geworden; sie haben die größten Opfer gebracht. Jetzt gilt es, die Befähigung der Produktionsmittel zu erfassen. Das wird aber erschwert, wenn jetzt die Brandfahnen des Parteibüchlers in das Parlament geworfen werden. Jetzt müssen alle zusammenstehen, die praktische Arbeit leisten wollen. (Beifall.)

Vizepräsident Dr. Bell: Der Reichskanzler sprach von wichtigen Reden. Ich stelle demgegenüber fest: Es gehört zu den ältesten Traditionen des Reichstages, daß hier nie wichtige Reden gehalten werden! (Große Heiterkeit.)

Abg. Keil (Soz.): Wir haben einige Bedenken gegen die Vorlage, werden ihr aber dennoch zustimmen.

Abg. Geuer (Komm.) kündigt für die kommenden Generalsitzungen die befristeten politischen Kampfe an.

Die Vorlage wird hierauf in der Ausschussfassung angenommen. Im Anschluß hieran wird der Gesetzentwurf noch in dritter Lesung angenommen.

ES folgt die zweite Beratung des Nachtragssetats.

Beim Etat des Reichswirtschaftsrates wendet sich der

Abg. Scholz (D. Bpt.) gegen den Ausschussantrag auf Befreiung der Freifahrkarten für die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates.

Abg. Koch (Soz.) empfiehlt dagegen die Annahme des Ausschussantrages, der dann mit geringer Mehrheit angenommen wird. Ohne weitere Debatte werden hierauf die Etats des Reichswirtschaftsrates und des Reichsstaatsministeriums angenommen.

Beim Etat des Reichswehrministeriums führt

Abg. Künzler (U.S.) Beschwerde über den reaktionären monarchistischen Geist, der sich in der Reichswehr breit mache.

Abg. Schoepflin (Soz.) fragt, aus welchen Gründen ausgeschiedene Offiziere fortwährend weiter befördert würden.

Reichswehrminister Dr. Gessler antwortet, es handle sich dabei nur um die Aufarbeitung von Beförderungsmöglichkeiten, die bald abgeschlossen sein würden.

Der Etat wird bewilligt. Dann wird die Beratung der Novelle für

Angestelltenversicherung fortgesetzt.

Abg. Lambach (D.R.) tritt für die Vorlage ein.

Abg. Andre (Zentr.): Die Vorlage ist ja besserungsbedürftig aber sie ist notwendig. Die Frage einer Verschmelzung mit der allgemeinen Arbeiterversicherung kann erst gelöst werden, wenn die Reichsversicherungsordnung grundlegend reformiert wird. Wir und die Deutsch-

Demokraten wollen dahin wirken, daß dieses Reingesetz möglichst rasch verabschiedet wird.

Abg. Thiele (D. Bpt.) bestreitet, daß die Mehrheit der Angestellten auf dem abnehmenden Standpunkt des Abg. Siebel der Vorlage gegenüber steht.

Abg. Aufhäuser (U.S.): Die Vorlage ändert nichts an der sehr reformbedürftigen Verwaltung der Angestelltenversicherung, die 80 % der Einnahmen verschlingt. Die Vorlage ist einseitig für die Interessen der Versicherungsanstalt, schädlich aber für die Interessen der Angestellten und versucht einen scharfen Trennungsschnitt gegen die Arbeiter zu ziehen.

Abg. Barz (Komm.) fordert die Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der allgemeinen Arbeiterversicherung.

Mit einer kurzen Erwiderung eines Regierungsvertreters schließt die Aussprache. Die Vorlage geht an einen sozialpolitischen Ausschuss.

Nächste Sitzung: Samstag mittag 12 Uhr. Kleine Vorlagen.

Schluß: 7 Uhr.

Das Auslandsschädengesetz.

Berlin, 24. Juni. Der 24. Ausschuss des Reichstages hat die erste Lesung des Auslandsschädengesetzes begonnen. Der Bund der Auslandsdeutschen G. B. als dessen Vertreter Geheimrat Groß, Dr. Vach (früher Niga), Rechtsanwalt Dr. Einhorn (früher Paris) erschienen waren, trat für die Gleichstellung des Auslandsschädlichen mit den aus den abgetretenen Gebieten und den deutschen Kolonien vertriebenen Reichsanghörigen ein. Abänderungsanträge wurden dem Ausschuss unterbreitet.

Deutsches Reich.

Aus dem Bayerischen Landtag.

Von unserem Münchener fr.-Korrespondenten wird uns gedruckt: Im Geschäftsordnungsausschuss des Bayerischen Landtages wurde der Antrag der U.S.P. auf Haftentlassung d. h. Straftatbestände für die Abg. Toller, Rikif, Eisenberger, Sauber, Hagemeyer und Schmidt, die zur Zeit wegen Hochverrat freigesprochenen verurteilten, mit allen Stimmen gegen die der Sozialisten abgelehnt.

Gemeinsame Front.

Wie uns unser Münchener Korrespondent drabtet, haben sich die insgesamt 25 Verbände, welche sich die Bekämpfung der Schuldfrage und die Aufstellung einer Gegenliste über die feindlichen Kriegsgreuel zur Aufgabe gemacht haben, zu einem einheitlichen Reichsverband zusammengeschlossen, an dessen Spitze als erster Vorsitzender Legationsrat a. D. Dr. Freiberger von Versener, der ehemalige Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, steht.

Die sächsischen Mehrheitssozialdemokraten.

Wie uns unser Dresdener Korrespondent drabtet, findet in Leipzig am 2. und 3. Juli der Parteiparteitag der sächsischen Mehrheitssozialdemokratie statt. Die radikale Chemnitzer Gruppe hat zum Parteitag einen Antrag eingebracht, worin es als dringend notwendig erklärt wird, daß der Landesparteitag die Frage der politischen Einigung verwerfliche. In dem Antrag heißt es: Da die Verhältnisse in Sachsen für eine Einigung der sozialistischen Parteien günstiger liegen als im Reich, entstehe auch für das sächsische Proletariat eine umso ernster Verpflichtung. Die S.P.D. schlägt deshalb vor, sich auf den Boden der realen Tatsachen zu stellen und von Partei zu Partei in unverbindliche Verhandlungen zu treten wegen sofortiger Bildung einer politischen Arbeitsgemeinschaft mit dem klar gestellten Ziele einer späteren organisierten Vereinigung. Der Kampf in der Presse und bei den Wahlen ist auf das äußerste einzuschränken, alle Kraft ist gemeinsam gegen den Feind von rechts und links zu richten. Daraus geht hervor, daß es auf dem Parteitag zu ernstlichen Auseinandersetzungen zwischen der radikalen Chemnitzer Gruppe und der sächsischen Mehrheitssozialdemokraten kommen wird.

fatalen Chemnitzer und der gemäßigten Dresdener Richtung kommen wird. Bemerkenswert ist, daß die Chemnitzer offenbar mit baldigen Neuwahlen rechnen, doch ist nicht ausgeschlossen, daß sie die Neuwahlen zum Reichstag oder Sächsischen Landtag im Auge haben.

Evangelische Landesynode.

8. öffentliche Sitzung.

Vizepräsident van der Floe eröffnete gestern vormittag 9 Uhr 20 Min. die Sitzung. Das Haus setzte die Besprechung des Hauptberichts des Ev. Oberkirchenrats fort.

Abg. Schulz (Zib.) berichtete über die Abschnitte Religionsunterricht an den höheren Schulen, Jugendpflege und Jugendvereine. Der Berichterstatter wünschte Förderung der Jugendvereine durch Gewährung von Mitteln. Die Kommission stellte den Antrag, eine Zentralstelle für Jugendfürsorge einzurichten. Diese soll besetzt werden mit einem Geistlichen aus der Landeskirche. Ferner soll ein Jugendpfarramt in Karlsruhe errichtet werden. Der Berichterstatter gedachte des kirchlichen Presseamtes, das sich gut eingeführt habe und deshalb allgemeine Förderung verdiene.

In der Aussprache würdigte Abg. Schmittbrenner-Wiesloch (Zib.) die Verdienste des Pietismus um die Jugendpflege.

Abg. Wurtz (Zib.) würdigte die Arbeit des Landesvereins für Innere Mission im Interesse der Jugendpflege und verlangte, daß diese nicht gekürzt werde.

Abg. Spies (Zib.) dankte der Kirchenbehörde für die Einrichtung eines Jugendsonntags.

Abg. Seib (Zib.) teilte mit, daß der Finanz-Ausschuss für die Bewilligung der Mittel für das Landesjugendamt und das Jugendpfarramt in Karlsruhe eintrete.

Abg. Jrl. Janzon (Zib.) bezeichnete das Jugendpfarramt in Mannheim als vorbildlich für alle Jugendämter.

Abg. van der Floe (Zib.) machte Mitteilung von dem Jugendpfarramt in Pforzheim.

Eine Entschließung des Ausschusses, nach der die Landesynode die Gemeinden auffordere, die Jugendfürsorge zu fördern, wurde einstimmig angenommen, ebenso auch die Anträge auf Errichtung einer Zentralstelle für Jugendpflege und eines Jugendpfarramts in Karlsruhe.

Das Haus beschäftigte sich dann mit der Frage des evangelisch-sozialen Pfarramtes. Im Zusammenhange damit begründete

Abg. Wurtz (Zib.) folgenden Antrag: „Die bad. Landesynode fühlt sich, im Bewußtsein der ungeheuren sittlichen und materiellen Not der gesamten Welt, zu der Kundgebung gedrängt, daß sie den Geist des gegenwärtigen Wirtschaftssystems und internationalen Nahrungens als unvereinbar mit dem Geiste Christi zurückweist. Daher begrüßt sie alle diejenigen Bestrebungen, welche die Überwindung dieses Systems mit seinen sittlich verderbenden Folgen zum Ziel haben. Eine Genesung der Welt ist nur von einer Regelung des Gesamtwirtschafts- und Völkerebens nach christlichen Grundgedanken zu erhoffen. Insbesondere fordert sie von der Kirchenregierung kräftigste Unterstützung derjenigen Vereinigungen, welche auf der Grundlage eines vereinigten Weltprotestantismus eine Erdringung und Verbrüderung über internationale Fragen herbeiführen wollen.“

Abg. Seufert (Zib.) würdigte die Tätigkeit des Evangelisch-Sozialen Kongresses und der kirchlich-sozialen Konferenz. Das wünschenswerteste wäre, wenn wir nicht ein evangelisch-soziales Pfarramt bekämen, sondern lauter evangelisch-soziale Pfarrer. Das kirchlich-soziale Pfarramt muß politisch neutral sein. Die Zeit, daß man aus dem Evangelium wirtschaftliche Programme ableite, schiebe vorbei zu sein.

Abg. Bender (Zib.): Das kirchlich-soziale Pfarramt trägt seinen Namen noch nicht ganz mit Recht. Der Träger des Amtes sollte eine mehr soziale Ausbildung erhalten. Nötig ist auch eine Fühlungnahme mit den bestehenden kirchlich-sozialen Organisationen. Wir bedürfen

eine Stelle, bei der die Möglichkeit besteht, alle die Dinge zu übersehen, die um unsere Kirche gehen. Die Kirche müsse tun, was sie könne, um die Klüfte in unserem Volke zu überbrücken. Aufgabe der Kirche ist es aber nicht, sich in das Schlepptau einer politischen Partei zu begeben. Daß dies ganze kirchliche Gruppen tun, müssen wir als falsch bezeichnen. Das Evangelium selbst und das einzige Heilmittel zu sein zur Befreiung der sozialen Schädigen. Die Erben Stöckers, von Bodelschwinghs und Wicherns sitzen nicht beim Volkskirchenbund.

Abg. Bud (Zib.) hat um eifrige und kritische Mitarbeit beim kirchlich-sozialen Pfarramt. Oberkirchenrat Kuzinger: Das soziale Pfarramt hat das Generalsekretariat der evangelischen Arbeitervereine zu führen. Die leibliche Tätigkeit des kirchlich-sozialen Pfarrers war von gutem Erfolge. Der soziale Pfarrer hat auch den Arbeiterinnerebenen zu dienen und Arbeitersekretäre auszubilden.

Nach einer kurzen politischen Auseinandersetzung zwischen Abg. Wurtz (Zib.) und Wurtz (Zib.) wurde eine Entschließung des Ausschusses angenommen, in der es heißt: Die Landesynode lehnt es ab, für ein bestimmtes Wirtschaftssystem Propaganda zu machen. Sie erkennt es als Pflicht der Kirche an, auch das Wirtschaftsleben unter dem Gesichtspunkte des Evangeliums zu betrachten. Das Evangelium Christi ist das alleinige Heilmittel für die Nothe unserer Zeit. Die Synode fordert alle Geistlichen auf, das Evangelium lauter und rein zu verkünden. — Die Entschließung des Volkskirchenbundes wurde abgelehnt.

Abg. Schulz (Zib.) berichtete über den Abschnitt „Kirchendienste“ und wies dabei auf die Schwächung des Kirchendienstes durch sportliche Veranstaltungen hin. Den Kirchenbehörden sollte der Berichterstatter Dank für ihre Mitwirkung bei den Gottesdiensten.

In der Aussprache beschäftigten sich die Abg. van der Floe und Camerer mit den kirchlichen Visitationen.

Abg. Fischer (Zib.) erklärte, die Früh- und Abendgottesdienste fänden nicht die Bedeutung, die ihnen zukäme. In diesen Gottesdiensten lasse man meistens die Hilfsgeistlichen predigen.

Abg. Kappeler (Zib.) forderte, daß unser Volk an das Kirchengehen zu gemöhnen sei. Bedauerlich sei es, daß die Gebildeten selten Gaste in der Kirche sind, auch sie sollten eifriger zur Kirche kommen. Alle Schichten des Volkes sollten sich des Segens der kirchlichen Gemeinschaft nicht entäußern.

Das Haus nahm folgende Entschließung an: „Die Landesynode ruft allen Gemeindegliedern, die durch fleißigen Besuch der Gottesdienste und des hl. Abendmahles der Kirche dienen, zu. Wir grüßen euch, die ihr vom Hause des Herrn seid. Die Landesynode beklagt es, daß viele Mitglieder unserer Kirche dem Gottesdienste und der Abendmahlsfeier fern bleiben, sie ermahnt die evangelischen Hausväter und Hausmütter zu einer täglichen Hausandacht.“

Abg. Kemmer (Zib.) wünschte eine gleichmäßige Gestaltung der Jugendgottesdienste.

Abg. Schulz (Zib.) stellte sich auf den entgegengekehrten Standpunkt und verlangt für diese Gottesdienste eine größere Freiheit.

Präsident Dr. Schmittbrenner ging auf die Wünsche der Vorredner ein.

Abg. Vogelmann (Zib.) verlangte einen Schluß der hohen kirchlichen Beiräte gegen ein Überwuchern des Sports.

Abg. van der Floe pflichtete dem Vorredner bei.

Präsident Dr. Schmittbrenner: Die Oberkirchenbehörde hat wiederholt Vorstellungen bei der Regierung erhoben gegen Entweihung der Sonntage und des Karfreitags.

Das Haus nahm eine Entschließung an, in der es heißt: Die Landesynode bittet die sportfreundliche Jugend, darauf zu achten, daß es nicht nur gilt, den Leib tüchtig zu machen, sondern auch den Geist zu stärken. Die Jugend muß hierzu aus dem Worte Gottes die Kraft schöpfen, indem sie den Gottesdienst regelmäßig besucht.“

Kunst und Wissenschaft.

Ein Jugendwerk Klings aus seiner karlsruher Akademiezeit in der Badischen Kunsthalle.

Die Badische Kunsthalle hat einen neuen Kunstgenuss zu verzeichnen, der gegenwärtig im Saale der Neuerwerbungen ausgestellt ist. Die Witwe des verstorbenen Professor Max Klinger in Leipzig, hat, wie schon berichtet, ein unbekanntes Jugendwerk ihres Mannes der Kunsthalle als Geschenk überwiehen, das besondere Beachtung verdient. Das Gemälde, ein Stillleben, ist mit so überaus feiner Technik gemalt, daß nur wenige den späteren Klinger darin erkennen werden. Auch kennen wir nichts derartiges in Klingers Werk. Auf einem Tischchen, das ein bunter Teppich bedeckt, stehen ein Gipstopf, ein Blumentopf, eine Messingschale, eine Muschel, geschmackvoll befaßt, drapiert von einem dunkelblauen Vorhang und einem zartblauen Stoff. Im Hintergrund sieht man die graue Aletterwand und in hellem Holzrahmen ein dunkles Bild, das offenbar einen Freund mit Mütze und Palette darstellt. Das Licht fällt von links herein, blüht in der Schale, schimmert in den Stoffen und hebt die freibige Plastik des männlichen Gipstopfes aus grauen Schatten und grünen Blättern. Die Malerei ist breit und fett, al primo, mit einer Bravour und Frische, die ganz erkenntlich ist. Die Behandlung des Teppichs, des Messings, der Stoffe kann an Verheers Vorbild gemahnen, dessen Dresdener Gesellschaftsbild der junge Maler gewiß studiert hatte. Kurzum, ein Bild, das für einen Akademiestüler ungewöhnlich gut ist und das es gewiß wertende, in eine Galerie zu gelangen, auch wenn sein Maler späterhin nicht berühmt geworden wäre.

Was nun dies Bild für Karlsruhe bedeutsam macht, ist die Tatsache, daß es in der karlsruher Akademie gemalt worden ist. Es wird nicht vielen bekannt sein, daß der junge Klinger als Siebzehnjähriger aus Leipzig nach Karlsruhe gekommen war, um die Akademie zu besuchen. Wir finden ihn auch in der Stammtafel der

Akademie in den Jahren 1873-75 in der Antiklenkeise verzeichnet. Dem bestimmenden Einfluß scheint auf ihn damals ein Maler geübt zu haben, der 1873 aus Weimar nach Karlsruhe berufen worden war, nachdem er in Weimar, München und Italien seine Maltechnik vervollkommen hatte. Max Gussow, der durch seine realistischen Genrebilder Aufsehen gemacht hatte und der jede Eigenart ohne eine vorgefasste Lehrmethode zu schämen und zu entwickeln mußte, hatte offenbar auch den vielbegabten Sachsen in seiner starken Persönlichkeit erkannt. Verraten schon die Zeichnungen aus jener Zeit, die „biblischen Szenen“ (Dresden, Kupferstichkabinett) oder die „Straße in Gröningen“ (Leipzig, Museum) die eigenwillige Persönlichkeit des Jugendlichen, so beweist uns nun das erwähnte Stillleben, daß Klinger auch als Maler ein hartes und eigenes Talent besaß, das er später neben seinem graphischen und bildnerischen etwas verkümmern ließ. Das Stillleben muß also — wie das köstliche Selbstbildnis an der Staffelei (1874) — unter Gussows Einfluß 1873/74 entstanden sein. Es ist hier nicht weiter auszuführen, wie Gussow (der neben Keller erfolgreich gelehrt und geschaffen hatte) 1875 einer Berufung an die Akademie in Berlin folgte und den jungen Schüler mit sich zog, wie Klinger sich allmählich seinem Einfluß entzog und eigene Wege suchte, die ihn zu Wenzels Bildern und Rembrandts Radierungen führten. Die Badische Kunsthalle — die sich zur Aufgabe gestellt hat, die Geschichte der karlsruher Akademie in den Werken ihrer besten Lehrer und Schüler anschaulich zu machen — ist zu diesem neuen Kunstwerk mit Recht zu begrüßwünschen. R.

Galerie Moos.

Das Zeichenrisse in der Malkunst drängt sich erfreulicherweise gerade nach den Extravaganzen eines mißverstandenen Expressionismus in den Ausstellungen wieder in den Vordergrund. So finden sich in der Galerie Moos starke Blätter zu Dostojewskis „Kaschkinoff“ von Wilfried Otto. Sie sind auch als Wappe (Steinzeichnungen) herausgekommen. In sich ist es fast eine Unmöglichkeit, der geradezu lächmenden Suggestivkraft des russischen Dichters auf

einem andern Gebiet der Kunst nahezu kommen. Daß es dem Maler gelungen ist, neben der Dichtung überhaupt Eindruck zu machen, bedingt schon einen erheblichen Grad von Anerkennung. Mit farbigen, feintintigen und zuweilen ersticklich betonten Zeichnungen ist Goebe vertreten. Peter Salin (München) bringt ein paar erlebte Proben seiner bekannnten Radierkunst, in der er schon große Erfolge hatte, als noch nicht jeder Malersmann zur Nadel griff. Als ob das Naderien nicht eine spezifische Kunst, sondern nur eine unschwer zu erlernende Nebenübung wäre! Mit halbem Schmeigen und halbem Geschehen stellen Julius Gerhardt und M. Böhm einige Tafeln aus, die teilweise immerhin eine gute dekorative Wirkung erzielen. Karl Lacroix bringt in breitem Vortrag gute Aquarelle. Eine umfangreichere Sammlung bietet Alex Soldenoff. Vornehm im Ton, in sozusagen schwebender Zeichnung wirken die Bilder apart; so der Ddusseus und die Landung zum Fest. Judith ist originell in der Auffassung, aber kaum dem Geist der Dichtung entsprechend. Zwei Frauenporträts sind wohl die beste Leistung der ausgestellten Tafeln Soldenoffs. Von Walter Lillie finden sich warm empfundene Schwarzwalddandtschaften, von Gustav Kullerich Blumen und großtintige Gebirgsbilder, von Friedrich Fehr einige Stillleben und das flott skizzierte Bild der Tänzerin Viesel S., verklämt im Flur verdeckt.

Kunstverein.

Von erheblicher Mannigfaltigkeit ist die derzeitige Folge der Kunstvereinsausstellungen. Das Köstliche bieten diesmal die Radierungen in den Witrinen. Sie stammen von dem bekannten Malerromantiker Ferdinand Stäger, der durch seine Beiträge in der „Jugend“ weiten Kreisen bekannt geworden ist. Es sind entzückende Blätter in dem einmaligen Stil und der Liebesswürdigkeit des poetischen Künstlers ohne Anführungszeichen. Mozarts Reise nach Prag von Moritz, Die Narrenburg von Eitler, Waldbreen, Egidendorfs Taugenichts haben den Untergrund für eine liebliche Reihe immerge Zeichnungen abgegeben. Die „Junge Liebe“ ist ein weinendes Volkslied. Eduard Böhlwiel

ist in anderer Art als Stäger „literarisch“ beeinflusst. Man sagt bei ihm besser: kulturhistorisch beladen. Seine farbigen Zeichnungen antiker Vorbürge z. B. geben durch mehrere Kunstepochen. Antike in Nocco erfahrt und mit heutigem Erkennen dargestellt. Eine große Sammlung stellt Toni Cister (München) aus. Die Baditide und Wasserjüets sind einbittlich im Stil und reizvoll durch ihre gedämpften Farben. In anderer Art farbig stark sind Jol. Eichbachs (Romtana) Tafeln. Nicht appetitliche Stillleben bringt E. Loepfer Jdte in Frankfurt a. M.). „Die rote Decke“ enthält übrigens ein kleines satirisches Phänomen: die Krüge stehen auf einer senkrechten Tischtafel und fallen doch nicht herunter. Th. Gieser (Karlsruhe) bringt neben anderem ein gutes Selbstbildnis, sowie ein vortreffliches Porträt des Geh. Hofrats D. Seine beste gegenwärtige Leistung ist vielleicht die jüngere Dame aus dem Hofstuhl. Friedrich Fehr bringt appige Rosen, Caspar Ritter ein Genrebild. Das Aquarell ist vertreten durch Fr. Schwemmer (München), der auch Radierungen mit der Radtmalder ausstellt, und durch den karlsruher Fritz Köhler mit Architekturstudien aus Karlsruhe und Brudsal. Beachtliche Bleistiftporträts gibt Margarete Ebers von hier.

Ueber die Bühnenkunstausstellung Emil Burfards ein andermal gefondert.

Indiribus.

Dozentur für Keramik an der Berliner Technischen Hochschule. Eine planmäßige Dozentur für Keramik ist jetzt in der Abteilung für Chemie und Hüttenkunde an der Technischen Hochschule zu Berlin-Charlottenburg neu begründet worden. Der Minister hat sie dem Privatdozenten Dr. Riese, dem Chemiker bei der Berliner Porzellanmanufaktur, übertragen.

Personalen. Der Semiotologe und Archäologe Dr. Baumstark an der Bayerischen Lehranstalt zu Salsbach bei Aßern erhielt einen Ruf als Honorarprofessor für jüdische Geschichte und Literatur an der Universität Bonn. Der in seinem Fach in Japan und Ausland hochangesehene Gelehrte wird der Berufung Folge leisten.

Herrn B. (Vof.) trat für die Abhaltung von Baldgottesdiensten ein. Die Geistlichen seien für die Seelsorge freigemacht worden.

Herrn Kattermann dankte der Kirchenbehörde für die Beurlaubung von Pfarrern für die Werke der Innern Mission.

Herrn Klein (Vof.) sprach den Männern Dank, die Erweckungsprediger für die Kirche wurden, die Eros Schrentz und Samuel Keller.

Herrn Herrmann (Vof.) dankte dem Oberkonsulenten für die Förderung der Evangelisationsarbeit. Die Evangelisation dürfe aber nicht als Beihilfe für die Gemeinden mit Rat und Tat betrachtet werden.

Herrn Schulz (Vof.) sprach für die Einführung von apologetischen Vorträgen ein.

Herrn Seib (Vof.) unterläste eine Bittschrift der Diapora-Gemeinde St. Blasien um Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schmitt (Vof.) bemerkte, die Kirchenbehörde müsse bei ihrem Standpunkte bleiben.

Herrn Schulz (Vof.) befragte ebenfalls die Behörden aus St. Blasien. Eine Entschädigung, die Gehalt der Gemeinde St. Blasien, den dortigen Geistlichen zum Pfarrer der Landeskirche zu ernennen, der Kirchenregierung empfehlend zu verweisen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Herrn Schulz (Vof.) berichtete über den Abtritt „Kirchliche Wemter“ und besprach dabei auch die Ausbildung der Geistlichen; mit dieser Frage beschäftigte sich in der Aussprache die Abg. H. (Vof.)

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Verbleib des Pastoralionsgeißlichen.

läßt, der Gemeindefassung stattfindet. Bei Beratung und Beschlußfassung über Angelegenheiten der Armenpflege sollen je ein Geistlicher der in der Gemeinde vertretenen anerkannten kirchlichen oder religiösen Gemeinschaften, Vertreter der Lehrer nach näherer Regelung der Gemeindefassung, der Armenrat, wo ein solcher bestellt ist, und der Beamte, dem die Verwaltung der Polizei übertragen ist, in Angelegenheiten der Gesundheitspolizei mindestens ein Arzt, sofern ein solcher in der Gemeinde wohnt, zugezogen werden; das Nähere bestimmt die Gemeindefassung. Die von sozialdemokratischer Seite angeregte Einführung der Volksabstimmung über Bürgerausschüsse wurde mit 9 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Die Regierung ließ ihre Anregung auf Aufnahme einer Bestimmung fallen, monach Bürgermeister und Gemeinderäte auch ohne Verlegung ihrer Dienstpflichten sehr erschweren oder vereiteln oder die staatlichen Interessen in schwerer Weise gefährden, aus dem Dienste sollten entlassen werden können.

In der Vollversammlung des Landtags wird die Gemeindeordnung voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Juli zur Beratung kommen.

Der badische Landtag wird am Montag, nachmittags 5 Uhr, eine öffentliche Sitzung abhalten. Zur Beratung stehen eine Gesetzesvorlage über die Elektrizitätsversorgung des Landes und Gesetze.

Jubiläums-Sportwoche des K.F.V. Meisterrnannschaftsspiel K. F. V. — Pönitz 2:3.

Nicht das Resultat des Sieges bildete den ausschlaggebenden Teil bei diesem Treffen, das Hauptinteresse war darauf gerichtet, die alten Kämpfer von 1909/10 einmal möglichst vollständig auf dem grünen Rasen vereint zu sehen.

Die Spieler waren zu diesem Selbstzweck aus allen Mannschaften Deutschlands herbeigekommen, einige haben sich in den letzten Jahren sportlich nicht mehr betätigt, andere zählen wieder heute noch zu den besten Spielern der führenden Vereine ihrer Heimatsorte. Alle aber zeigten ihr Bestes an, um ihren alten Farben erdichtmögliche Ehre zu machen. Die Alten boten einen erfrischenden Aufstoß; flottes Tempo, schnelles Spiel, Balltechnik und Ballbehandlung waren mitunter glänzend, zahlreiche Feinheiten gab es zu sehen, wie sie gute Spieler nicht besser bieten können, ein freies, auf dem Rasen im vollen Sinne des Wortes, der Höhepunkt der ganzen Jubiläumssportwoche. Der Massenbesuch dokumentierte am besten die Sympathie der Karlsruher Sportgemeinde mit ihren alten Kämpfern. Wohl keiner der Laufenden hatte ein derartiges schönes Spiel erwartet; die Altmeister hoben mit ihrem Spiel die Begeisterung der Massen für den Fußballsport wieder zu besserer Höhe empor.

Nachdem sich die Mannschaften nach Verlassen des Platzes aufs herzlichste begrüßt hatten, stellte sie sich dem trefflichen Schiedsrichter Schiedsrichter Rossi in der von uns geübten schon mitgeteilten Aufstellung, Pönitz kompakt, K.F.V. nur mit der Abänderung, daß an Stelle des nicht eingetroffenen Vereins Schwarze als Mitteläufer, an dessen Stelle Dinger trat.

K.F.V. drängte die erste Viertelrunde und erhielt dann durch ein Eigentor des linken Pönitzverteidigers die Führung. Nun kommt aus Pönitz auf; ein scharfer Schuß Fritz Reifers wurde zur ersten Ecke abgewehrt, die noch eine beängstigte Situation vor dem K.F.V.-Tor im Schutze hat. Nachdem Pönitz den zweiten Eckball erzielt hatte, schießt Reifer Dito in der 27. Minute das erste Tor und stellte den Ausgleich her. K.F.V. stellt um. Trampus geht als Mitteläufer, Schwarze an Trampus Stelle als Verteidiger fünf Minuten vor der Pause zum Beschluß der ersten Viertelrunde das zweite Tor, im nächsten Augenblick verhindert aber nur das Glück den Ausgleich. Pönitz erhält den dritten Eckball, der nicht eintrifft. Halbzeit 2:1, Eck 0:3.

Während der Pause hielt Neumanns. G. u. B. an den Denkstein der Gefallenen eine Ansprache und legte einen Lorbeerkranz nieder.

Nach der Pause wird das Spiel noch schöner wie zuvor. Mittelschnell wechelt die Führung, bis Pönitz nach einer Viertelrunde sich einige Minuten vor dem K.F.V.-Tor legt. Drei weitere Ecken, alle schon vor der Pause, schaffen gefährliche Situationen, bis schließlich Fritz Reifer das zweite Tor schießt und den Ausgleich herbeiführt. Nach knapp 10 Minuten schießt Leibold das dritte Tor, Pönitz hat die Führung. Gleich darauf erzielt die Hebride Ecke. Pönitz zeigt ein wunderbares Spiel, an die alte Manierzeit gemahnend und liegt dabei einige Zeit in scharfer Angriffs. K.F.V. stellt mehrfach um und trägt nun ebenfalls einige sehr gefährliche Angriffe vor. Die letzten Minuten drängt Pönitz in schärfstem Tempo, vermag aber am Resultat nichts mehr zu ändern, so daß Pönitz als Sieger mit 3:2 Toren das Spiel beenden kann. Endverhältnis Pönitz 7, K.F.V. 0.

Sportwoche des K.F.V. Heute Samstag, nachmittags 17 Uhr, feiert der K.F.V. das Programm mit dem Schlußspiel Teufelsknecht gegen K.F.V. fort, an das sich Sonntag vormittags 11 Uhr ein solches zwischen Aufwärtshafen 03 und K.F.V.-Schüler anschließt. Nachmittags 2 Uhr treten die Junioren des Vereins gegen K.F.V. Freiburg an, so daß die Jugend also reichlich Gelegenheit hat, zu zeigen, was sie unter fachmännischer Leitung gelernt hat. Als würdiger Abschluß der sportlichen Veranstaltungen ist auf 1/2 Uhr ein Wettspiel der Gigantmannschaft des K.F.V. gegen den leistungsfähigen friburgerischen Meister, Bayern München, angesetzt. Diese Mannschaft zu loben, ist überflüssig; ihre Fähigkeiten sind zu gut bekannt. Dafür bürgt schon der Name ihres ehemaligen Lehrers Downen, in dessen Schule auch K.F.V. früher stand. Da demnach zwei Mannschaften mit gleichem System einander gegenüberstehen, wird sich bestimmt ein spannender Kampf entwickeln.

Zum Sportfest der Technischen Hochschule Karlsruhe. Trotz der Unruhe der Witterung konnten fast alle vorerwähnten Wettkämpfe abgehalten werden. Es stehen nur noch aus: an Einzelkämpfen: Stabhochsprung und 400 Meter-Lauf; an Mannschaftskämpfen: Fußball, Handball, Schwedenstaffel und olympische Staffel. Im Gedächtnis des K.F.V. am 20. Juni, 1921, 10 Uhr über Blauenloos-Graben-Neudorf ging als erster Zimmermann (mit 8 Stunden 30 Min.) durchs Ziel. Die Sieger im Schwimmen (Dienstag nachmittags im Nebenbassin) sind: 100 Meter-Fruchtschwimmer: Lepmann (Kad., Schwimm-Gruppe) mit 1:50, 2; 100 Meter Seitenchwimmer: Wiedemann (Memannia) 1:28, 3; 100 Meter Handüberband: Kämmler (Normannia) 1:20, 1; 100 Meter Rückenschwimmer: Wiedemann (Memannia) 1:46, 2; Ruderstaffel 4x50 Meter: Kad., Schwimm-Gruppe mit 2:50, 2.

Turnspiele. Schlagballwettspiel K.F.V. — K.F.V. 1846. Donnerstag abend 7 Uhr fand auf dem Engländerplatz das Wettspiel um die Gaumeisterschaft im Schlagball zwischen den ersten Mannschaften des Karlsruher Turnvereins 1846 und des Männerturnvereins Karlsruhe statt. Nach Wahl des Schlichters K.F.V. 46 den Schlichterstand. Aber schon nach wenigen Minuten führt K.F.V. nach schönem Zusammentreffen durch Kommand einen Beschluß herbei und hielt von nun an während 85 Minuten fast ohne Unterbrechung den Schlichterstand besetzt. K.F.V. nicht, von keiner bemerkenswerten Selbstkritik nennenswerten Gebrauch zu machen. Erst nach 10 Minuten, mangels günstiger Schläge bis auf den vorletzten Mann ankommen, der dann mit einer wunderbaren Kette (Steifschlag) 10 Körnern den Weg bis zu den Masthaken bahnte, worauf Nr. 13 einen Weitschlag schlug, auf den alle 10 Mann ohne Gegenwehrung den Schlichterstand wieder erreichten. Erst gegen 10 Minuten als K.F.V. mehr und mehr eingelebt hatte und K.F.V. durch das anstrengende Spielen sehr ermüdet war, wurde das Spiel ausgetauscht und nahm bis dessen Ende einen interessanten und wechselvollen Verlauf. Die zu vielen Hunderten das Spielfeld dicht besetzenden Zuschauer waren voll bezaubert über die glänzenden Leistungen beider Mannschaften. Es sei deshalb schon heute auf den voraussichtlich am Dienstag, den 5. Juli, abends 7 Uhr, auf gleichem Platz stattfindenden Wettspiel aufmerksam gemacht. Das Spiel endete mit 110:45 Punkten für Männerturnverein Karlsruhe.

Rudern. Zur Frankfurter Ruder-Regatta am 19. und 20. Juni wird uns noch mitgeteilt: Frankfurt von jeder neben Berlin die bedeutendste deutsche Regatta, hat in diesem Jahre die bessere, was die Zahl der beteiligten Mannschaften betrifft, erheblich übertraffen. Qualitativ war sie ganz hervorragend und legte Zeugnis ab von dem unübertroffenen Aufschwung des Ruderports in der Nachkriegszeit. Die durch ihre Junioren die Mannschaften konnten gegen die Deutsche 1. Klasse keine Rolle spielen; sie genannten lediglich den Studentenruderer. Der Karlsruher Ruderport war durch die Mannschaften vertreten, die durch ihre Junioren Ruder-Mannschaft eine hochachtbare Leistung vollbrachte und sehr beachtet wurde. Nachdem die Mannschaft durch überlegene Siege in den Vorrennen sich die Berechtigung zur Teilnahme an zwei Ruder-Doppelrennen erkämpft hatte, besetzte sie in diesen zwei 2. Plätze gegen ganz hervorragende Gegner. Im Rennen um den 2. Ruder verlor sie gegen die Seniors-Mannschaft der Offenbacher Union nur mit wenigen Metern und hätte bei etwas weniger Unbehelligkeit dieses Rennen gerade so gut gewinnen können. Da sich die Offenbacher Union zur Karlsruher Regatta am 3. Juli gemeldet hat, ist der Mannschaften Gelegenheit gegeben, sich auf dem heimischen Gewässer mit ihrem Besieger nochmals zu messen. Der Mannschaften-Ruder ist noch erheblich verbesserungsfähig und läßt für die ferneren Wettkämpfe gutes erwarten. Jedenfalls kann der Karlsruher Ruderport der Mannschaften dankbar sein, daß sie durch diese gelangene Frankfurter Expedition eine Stärkung seines Aufstiegs in den deutschen Ruderporttreffen bewirkte.

Aus Bädern und Kurorten. Herrenalb. Die Zahl der Fremden betrug bis zum 22. Juni 2223.

Letzte Nachrichten. Neue Verhandlungen über den Wiederaufbau. (Eigener Drahtbericht.) Paris, 24. Juni. Die der „Petit Parisien“ mitteilt, werden in der kommenden Woche Verhandlungen zwischen Staatssekretär Bergmann, Guggenheimer und Loucheur über den Wiederaufbau geführt werden. Die Frage der Beteiligung deutscher Arbeiter am Wiederaufbau, die Minister Athenau in Wiesbaden angekündigt hat, werde auch besprochen werden. Die erste Unterredung sei für Dienstag festgesetzt.

1. Paris, 24. Juni. (Eig. Drahtber.) Die politische Aufmerksamkeit konzentriert sich hier auf die Fortsetzung der Verhandlungen von Wiesbaden, die bekanntlich in Paris am 27. Juni stattfinden sollen. Die deutschen Bevollmächtigten werden am Samstag abend hier eintreffen. Die Verhandlungen sollen am Montag beginnen. Gleichzeitig wird Sorge getragen, England und Italien von den in Wiesbaden erfolgten Verhandlungen in Kenntnis zu setzen. In Italien scheint es einigermaßen befremdend zu haben, daß es nicht von Anfang an auf dem Laufenden gehalten wurde. Dieser Meinungsaustrausch zwischen den deutschen und französischen Bevollmächtigten soll die Grundlage zum Arbeitsplan der nächsten Sitzung des Obersten Rates abgeben, die am 17. Juli stattfinden wird.

2. Paris, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Es wird bekannt, daß die deutsche Regierung vorgeschlagen hat, auch mit dem Vertreter Belgiens in direkte Verhandlungen zu treten, doch ist bisher noch keine Antwort von Belgien eingetroffen.

Eine andere Angelegenheit, die baldmöglichst zur Erledigung gelangen soll, ist die Aufhebung der Sanktionen. Man weiß in Paris, daß die britische Ansicht dahin geht, daß Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf geräumt werden sollen und daß die Zollgrenze aufgehoben werden könnte. Es ist wahrscheinlich, daß auf französische Anregungen hin diese Zollgrenze nicht sofort vollständig fallen gelassen werden wird, sondern daß man sie mehr und mehr zurückzieht, im gleichen Verhältnis, wie Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt.

Aus dem englischen Unterhaus. (Eigener Drahtbericht.) London, 24. Juni. Am Donnerstag wurden im Unterhause mehrere Anfragen an die Regierung gestellt über die Urteile des Leipziger Reichsgericht gegen die sogenannten „Kriegsverbrecher“. Der Generalstaatsanwalt Sir Ernest Pollock antwortete im Namen der Regierung, daß die Berichte über die Verhandlungen der Regierung zugegangen seien. Es bestehe jedoch nicht die Absicht, diese Berichte vor das Parlament zu bringen. Wenn alle Aufnahmefälle, die noch zur Verhandlung stehen, vom Leipziger Reichsgericht erledigt seien, würden die Alliierten unter sich über die zu treffenden Maßnahmen beraten.

Chamberlain gab dann dem Hause in Abwesenheit Lloyd Georges, der dem Königspaar auf seiner Rückreise nach Irland entgegengefahren ist, Erklärungen über die Besprechung von Lord Curzon in Paris über das Vermittlungsangebot im griechisch-türkischen Konflikt durch die alliierten Mächte. Sollte die griechische Regierung dieses Angebot zurückweisen, so könnten selbstverständlich die alliierten Mächte diesen Weg nicht weiter verfolgen, doch würden sich die Griechen dann selbst die Folgen zuschreiben haben. Sollte dagegen die grie-

chische Regierung in ihrem eigenen Interesse das Angebot der Mächte annehmen, dann würden die Mächte der griechischen Regierung die Bedingungen vorlegen, die sie den Türken vorzuschlagen gedenken, um den Feindseligkeiten ein Ende zu machen und Friedensverhandlungen einzuleiten.

Am Schlusse seiner Rede teilte Chamberlain noch mit, daß im Laufe des kommenden Monats in Boulogne-sur-mer eine Tagung des Obersten Rates stattfinden werde.

Ein Komplott gegen Lloyd George. (Eigener Drahtbericht.) London, 24. Juni. Im Zusammenhang mit der Rede, die Lord Robert Cecil gegen Lloyd George gehalten hat, veröffentlicht „Manchester Guardian“ gestern einen Artikel, wonach innerhalb der englischen Regierung ein Komplott aufgedeckt worden sei, um Lloyd George zu stürzen. An der Spitze dieses Komplotts stehen angeblich Lord Birkenhead, der Lordkanzler und Churchill. Da aber Churchill die Angriffe gegen Lloyd George nicht eröffnen wollte, weil er vom Unterhause keine Unterstützung zu erwarten hatte, wurde der Versuch aufgegeben. Gestern abend hat nun Lord Birkenhead dieses Gerücht demontiert und als Erfindung bezeichnet. Indessen scheint an dem Plane doch etwas Wahres zu sein. Die heutige „Daily Mail“ erklärt nämlich, daß die Mitteilung des „Manchester Guardian“ verfrüht erfolgte und der Plan deshalb scheiterte. Außerdem hat man den gegenwärtigen Zeitpunkt, da die Konferenz der Dominions in London tagt, nicht für geeignet gehalten, um eine Kabinettskrise herbeizuführen. Es besteht aber zweifellos ein Komplott gegen Lloyd George, dessen Mittelpunkt Churchill sei, der übrigens auch der Angelpunkt in der künftigen Regierungskombination sein wird.

Die Streifbewegung in England. (Eigener Drahtbericht.) London, 24. Juni. Verschiedene von dem Vorstand der Kohlenarbeiter zum Sympathie-freie eingeladenen Arbeiterverbände haben mitgeteilt, daß sie in einem solchen Streik nicht teilnehmen werden. Ein Vorstandsmitglied des Kohlenarbeiterverbandes von Sedwales erklärte in einer Rede in Pontypool, daß der Vorstand des Kohlenarbeiterverbandes auf dem Standpunkt stehe, es müsse Befehl zur Auslösung einer drastischen Maßregel gegeben werden, die die Regierung zur Bewilligung besserer Bedingungen zwingen würde.

Tauchbootverkehr zwischen Irland und Amerika. (Eigener Drahtbericht.) New York, 24. Juni. Nach der New York Tribune unterhalten die Sinnfeiner mit zwei Tauchbooten einen Dienst zwischen Irland und Amerika. De Valera kam in einem solchen Tauchboot im Jahre 1919 nach den Vereinigten Staaten und kehrte auf demselben Wege nach Irland zurück.

Das unruhige Ägypten. (Eigener Drahtbericht.) London, 24. Juni. In Ägypten drohen neue Unruhen auszubrechen. Nach der Morning Post rufen die englandsfeindlichen Reden der ägyptischen Radikalen in amtlichen Kreisen große Beunruhigung hervor. Die Regierung hat alle Maßnahmen getroffen, damit der Aufstand so schnell wie möglich unterdrückt werden kann.

Griechenland und Türkei. (Eigener Drahtbericht.) London, 24. Juni. Nach dem Korrespondenten der Morningpost in Konstantinopel hat der kemalistische Minister für auswärtige Angelegenheiten auf indirektem Wege der griechischen Regierung ein neues Friedensangebot gemacht. Das Parlament habe erklärt, wenn Griechenland zu einer friedlichen Lösung bereit sei, würde die Regierung von Angora auch ihrerseits die Lage von dem gleichen Gesichtspunkt aus ansetzen. Indessen könne kein Vertrag angenommen werden, der nicht die Rückkehr von Smyrna und Thrazien zur Türkei in sich schließt.

1. Paris, 24. Juni. (Eig. Drahtber.) Durch Vermittlung Pajid Paschas scheint in Konstantinopel und Angora eine Verständigung herbeigeführt worden zu sein. Es ist möglich, daß die Konstantinopeler Regierung zurücktritt und Kemal Pascha alleiniges türkisches Staatsoberhaupt wird. Eine neue Offensive Kemals scheint bevorzustehen.

Die alliierten Schulden in den Vereinigten Staaten. (Eigener Drahtbericht.) New York, 24. Juni. Senator Penrose hat im Senat einen Antrag eingebracht, der den Staatssekretär Mellon bevollmächtigt, die Konsolidierung der alliierten Kriegsschulden in den Vereinigten Staaten in die Wege zu leiten. Mellon wird sofort mit den alliierten Regierungen verhandeln. Die Initiative zu diesem Antrage geht vom Präsidenten Harding aus, der an die Ausschüsse des Senats und des Repräsentantenhauses eine Note landte mit der Bitte, die Vollmachten Mellons zu erweitern.

Der Internationale Gerichtshof. (Eigener Drahtbericht.) Paris, 24. Juni. Der Senat diskutierte in erster Lesung den Gesetzentwurf, der das Statut des Völkerbundesrat begründeten permanenten Internationalen Gerichtshofes ratifiziert. Mehrere Nationen haben dieses Statut schon ratifiziert. Der Gesetzentwurf wurde einstimmig angenommen.

Der Markkurs in Zürich. (Eigener Drahtbericht.) Zürich, 24. Juni. Deutige Schlussnotierung: 100 Mark = 8,20 Gold, 8,30 Brief-Franken.

Eine Dame. die eine zarte, weiße Haut u. schönen Teint erlangen u. erhalten will, wendet sich an die Badische Landesbibliothek.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.



Aus Baden.

Die Errichtung von Finanzämtern. Auf 1. Juli d. J. werden in Gernsbach, Weinheim und Oberburken Finanzämter errichtet.

Der Geschäftsbezirk des Finanzamts Gernsbach umfaßt den bisherigen Steuerkommissariatsbezirk Gernsbach, d. h. den Amtsgerichtsbezirk Gernsbach und vom Amtsgerichtsbezirk Raßhau die Gemeinden Gaggenau und Rotenfels.

Das Finanzamt Weinheim umfaßt den Amtsbezirk Weinheim und den Amtsbezirk Mannheim die Gemeinden Leimbach, Redarhausen und Schriesheim.

Das Finanzamt Oberburken umfaßt die Amtsbezirke Adelsheim und Vorberg mit Ausnahme der Gemeinden Sackensflur, Dainbach, Oberhüpf, Oberhüpf, Lendenrieden und Kupferhausen, die dem Finanzamt Tauberhirsbach zugeteilt werden.

Die französische Abgabenbehörde hatte den Antrag gestellt, die Einkünfte zwischen Au und Lauterbach (Elsas) wieder in Betrieb zu nehmen.

Reges Leben herrschte am Sonntag früh in unserer Gemeinde, galt doch, den im Jahr 1880 nach Amerika ausgewanderten, hier geborenen Andreas Wagener nebst Gemahlin abzuholen.

Die Firma Kollmar in Pforzheim hat den Stadt 60 000 M. für Kinderspiele, Kinderheim Wimpfen, Tuberkulosebekämpfung und Freibad übergeben.

Der Stadtrat von Mannheim hat den am 5. Juni von schwermem Wetter heimgesuchten Gemeinden im Besonderen eine Unterstützung von 10 000 M. bewilligt.

Der Direktor der hiesigen Metallwerke A. G. Johannes Schneider ist hier im Alter von 52 Jahren gestorben.

Ein Student, der einer der letzten Nächte auf den Brunnen an dem auf dem Ludwigspolze gesteht war, wurde ab und erlitt dabei schwere, anscheinend lebensgefährliche Schädelverletzungen.

Der Hochschülerling der Universität in Straßburg seine Verbindungen mit Baden und im Wesentlichen hierzu die Erlaubnis nicht gab, sagte der Hochschülerling eine offizielle Mitteilung an der Feier ab.

Eine während der vergangenen Sommerzeit zugunsten der benachteiligten Kriegsteilnehmer unter den Studenten ergab die Summe von 20 000 M. Davon wurden bis jetzt 64 Freitische an der Universität in Höhe von 2500 M. und 100 Freitische an der Universität in Höhe von 1000 M. zur Verfügung gestellt.

Die Ortsgruppe Karlsruhe der Vereinigten Verbände Heimatfreier Oberschlesier hielt am Montag in ihrem Vereinslokal, Residenzantennensaal, die erste Generalversammlung ab.

Darmstadt im Lehrerseminar abends 8 Uhr eröffnet. Die Instruktionsvorträge zur Ausbildung von Wanderführern finden im Lehrerseminar von Samstag vormittag 8 Uhr bis nachmittags 6 Uhr statt.

Weinheim, 24. Juni. In der gestern abend fortgesetzten Beratung des Bürgerausschusses beschloß man sich hauptsächlich mit den Mitteln zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Die Firmen Carl Freudenberg G. m. b. H. und Sigmund Hirsch haben sich bereit erklärt, der Gemeinnützigen Baugenossenschaft hier zur Förderung des Kleinwohnungsbaues auf die Dauer von 20 Jahren jährlich 120 000 M. (100 000 M. die Firma Freudenberg und 20 000 M. die Firma Hirsch) zur Verfügung zu stellen.

Freiburg, 24. Juni. Am Dienstag nachmittag unternahm ein Streikzug aus dem Landesgenossenschaftsverein die Fahrt nach Freiburg.

Konstanz, 24. Juni. Gegenwärtig treiben hier 14 000 M. Kasper in Urwäldern, von denen bereits 30 von der Polizei festgenommen werden konnten.

Aus dem Stadtkreise.

Die Wetterlage. (Mitgeteilt von der Badischen Landeswetterwarte am 24. Juni 1921.)

Die seit der ersten Juniwoche herrschende Periode kühler Witterung dauerte auch in der vergangenen Woche noch an und brachte sogar eine erneute Verschärfung des Kälteeffektes. Die meiste Tage des Hochdruckgebietes über dem Meer war dem dauernden Zustrom kalter polare Luftströmungen nach Mitteleuropa zuzuschreiben, die vom hohen Norden sich südwärts ausbreiteten, brachten Deutschland wiederholt Regenschauer, besonders im Norden und Osten, aber auch in unserem Gebiet.

Die Ortsgruppe Karlsruhe der Vereinigten Verbände Heimatfreier Oberschlesier hielt am Montag in ihrem Vereinslokal, Residenzantennensaal, die erste Generalversammlung ab.

Ober-, Mittel- und Niederschlesien ein. Der erste Vorsitzende, Herr Krausnick, begrüßte die Erschienenen in herzlicher Art und gab einen ausführlichen Bericht über das vergangene Vereinsjahr.

Lebensmittelverteilung. In der nächsten Woche kommen Haushaltmehl und Kindernährmittel zur Verteilung. Das Nähere ist aus dem Anzeigenteil zu ersehen.

Verfälschtes Konjulat. Die Perische Regierung hat den Posten eines Perischen Generalkonsuls in Karlsruhe, den bisher Herr Abraham Hennrich innehatte, aufgehoben.

Erholungsurlaub für Stadtkinder. Der Caritasverband der Erzbischöflichen Freiburg beabsichtigt, seine zur Erholungsurlaub bereiten Kinderferienheime durch die Einführung zweier Ferienkolonien zu erweitern.

Prof. Dr. Paulde sendet uns mit der Bitte um Aufnahme folgende Mitteilung, die wir hier gerne mitteilen: In dem Bericht über Sonnenwälder und Hadelung der Karlsruher Studentenschaft in Gillingen Nr. 171 des Tagblattes war in der Mitteilung über den Tod des Prof. Dr. Paulde gesagt worden, daß die Bestattung der Kriegsdienstlichen unter unseren Feinden verlangt werden solle.

unparteiische, aus Neutralen zusammengesetzte Instanz dies Material zusammenstellen, prüfen und das Ergebnis der Welt mitteilen solle.

Eine Sammlung für Oberschlesien, die bei dem Festkommers der hiesigen Studentenschaft am Mittwoch abend veranstaltet wurde, ergab 2700 Mark. Einige Beträge blieben noch aus.

Veranstaltungen. Die frühesten drei, die eine Ferienreise durch den Schwarzwald unternommen werden Mittwoch, 29. d., abends 7 1/2 Uhr, im Künstlerhaus einen Kleinmusikabend zur Eröffnung des Unternehmens geben.

Standesbuch-Ausgabe. Cheausgabe. 22. Juni: Herr Bischoff von hier, Gipl. hier, mit Rosa Knobloch von hier; Otto Mayer von Strassburg, Dr. jur. Amtmann hier, mit Hildegarde von Bergheim; Ferdinand Birg von hier, Fabrikarb. hier, mit Luise Albrecht, geb. Vöhl, von hier; Aloisius Polmann von Leimberg, Schlosser hier, mit Anna Hilke von Sulach; Heinrich Secht von Hohenheim, Eisenbahnsekretär in Heidelberg, mit Emilie Laub von hier; Emil Braun von Ludwigsbafen, Schlosser hier, mit Marie Schneider von Worms; Albert Kieger von hier, Seiler hier, mit Vertha Reich von Dornheim; Jakob Haller von Dornheim, Bahnarb. hier, mit Hermine Krieger von Dornheim; Friedrich Kugelstadt von Heidelberg, Verwalterassistent hier, mit Johanna Litzschner von hier.

Todesfälle. 22. Juni: Cathie Köpferich, alt 51 Jahre, Ehefrau von Hermann Köpferich, Schlagschlag; Adolf Stein, Kaufmann, Chemnitz, alt 63 Jahre; Anton Badoj, Bremser, Chemnitz, alt 49 Jahre; Josef Eber, Bahnarbeiter, ledig, alt 37 Jahre. — 23. Juni: Jakob Marti, Friedhofsaufseher a. D., Widmer, alt 75 Jahre; Adam Galm, Hauptlehrer, Chemnitz, alt 69 Jahre; Christina Schumann, alt 84 Jahre, Witwe von Johann Schumann, Fabrikant; Johanna Rahm, Buchhalterin, alt 22 Jahre; Paula Dreß, ohne Beruf, alt 18 Jahre. — 24. Juni: Karoline Kober, alt 70 Jahre, Witwe von Jakob Kober, Schindler; Charlotte, alt 6 Monate 22 Tage, Later Christian Dech, Telegraphenarbeiter; Johanna Ehinger, Witwe von Etmann Ehinger, Meßger; Friedrich Bösch, Privatw. Chemnitz, alt 54 Jahre.

Verdauungszeit und Trankwasser erwachsener Personen. Samstag, den 25. Juni: 2 Uhr: Anton Badoj, Bremser, Rangierbahnh. — 3 1/2 Uhr: Jakob Marti, Friedhofsaufseher a. D., Karlsruher. 51. — 3 Uhr: Marie Weinmann, Priv. Städt. 64. wird in Mühlburg beerdigt. — 3 Uhr: Paula Dreß, Jährigertr. 86. — 3 1/2 Uhr: Adam Galm, Hauptlehrer, Rudolfsk. 31. — 4 Uhr: Johanna Rahm, Buchhalterin, Stadtkr. 13.

